



Beschluss der Landesdelegiertenversammlung des BUND Rheinland-Pfalz am 5.4.2014

Den Klimawandel ernst nehmen!

BUND Rheinland-Pfalz fordert eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung für einen wirksameren Klimaschutz

Der Klimaschutz droht zu scheitern. Trotz immer fundierterer Prognosen über eine zunehmende globale Klimaerwärmung – der Weltklimarat IPCC geht aktuell von mindestens 2,1 bis möglicherweise über 4 Grad bis zum Jahr 2100 aus – ist deutschland-, europa- und weltweit eine Aufweichung der Klimaziele festzustellen und eine von Jahr zu Jahr steigende Verbrennung von Kohle. Daher fordert die Delegiertenversammlung des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) Rheinland-Pfalz eine verstärkte und gemeinsame politische wie zivilgesellschaftliche Anstrengung für einen wirksameren Klimaschutz. Klimaschutz und eine dezentrale und naturverträgliche Energiewende werden auch als ausdrückliche Leitziele in die BUND-Satzung aufgenommen.

Im Einzelnen beschließt der BUND Rheinland-Pfalz 12 Kernpunkte:

1) Die Klimaerwärmung mit Extremwetterereignissen findet bereits statt

Eine Temperaturerhöhung von 0,9 Grad weltweit und 1,4 Grad in RLP in den letzten 130 Jahren sind Fakt. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre hat sich seit der Industrialisierung von 280 auf inzwischen über 400 ppm erhöht. Starkregen mit Überschwemmungen und andere Extremwetterereignisse haben in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen (vgl. Münchner Rückversicherung). Höhere Niederschläge im Winter und geringere im Sommer sind bei uns schon messbar. Es ist nicht länger zu leugnen, dass der Klimawandel bereits stattfindet.

2) Der BUND unterstützt das Maximal-2,0-Grad-Ziel

Der BUND RLP fordert wegen der damit verbundenen Folgen die zum größten Teil durch den Menschen verursachte globale Klimaerwärmung auf maximal zwei Grad (besser weniger) zu begrenzen, um das momentane Klimasystem weitgehend zu erhalten.

3) Klimawirksame Emissionen müssen deutlich und in nachprüfbaren Schritten reduziert werden.

Es ist erforderlich, die Emissionen von klimawirksamen Substanzen öffentlich zu machen und drastisch zu begrenzen. Diese stammen zu knapp zwei Drittel aus dem Verbrauch fossiler Brennstoffe und zu gut 30 % aus der Landwirtschaft. Wir fordern eine Reduzierung um 45 % bis 2020, um 70 % bis 2030 und um 90 % bis 2050.

4) Klimaschutz und Klimagerechtigkeit fängt bei uns an.

Die in RLP emittierten Klimagase wirken auch global. Daher sind Klimaverlierer auf Inseln und armen Ländern, klimabedingte Flüchtlingsbewegungen oder Artensterben auch aus unserem Bundesland mitverursacht und wirken auf uns zurück. Gerechtigkeit gegenüber den ärmeren Staaten ist eine ethische Pflicht. Außerdem stellt Handeln in RLP und Deutschland ein Vorbild für die gesamten Staaten der Welt dar. Eine deutsche Vorreiterrolle ist entscheidend für den internationalen Klimaschutz.

5) Trotz Unsicherheiten jetzt vorsorgend handeln.

Während die Tatsache der anthropogen verursachten Erderwärmung unter Klimatologen als gesichert

gilt, bestehen über komplexe Zusammenhänge und mögliche konkrete Folgen noch Unsicherheiten. Dies betrifft auch Kippeffekte, die irreversibel sein werden. Wegen der immensen Gefahr für die Lebensgrundlagen aller gilt aber das Vorsorgeprinzip. Dies wurde auch bereits 1992 in Rio in der völkerrechtlich verbindlichen Rahmenkonvention festgeschrieben.

6) Klimaschutz ist Naturschutz, denn Ökosysteme werden empfindlich gestört.

Neben den besonders zu beachtenden Wirkungen auf Menschen ist auch die Empfindlichkeit der Ökosysteme zu berücksichtigen. Zahlreiche Arten werden aussterben, z.B. werden bei 2 Grad Erwärmung wegen der Meeresversauerung 50% aller Korallen zerstört. Artenvorkommen verändern sich, wie z.B. Einwanderung von Ambrosia, Zecken und Mücken, verbunden mit Allergien oder Tropenkrankheiten.

7) Klimaschutz beginnt bei einer Lebens- und Wirtschaftsweise ohne Verschwendung.

Klimaschutz erfordert ein verändertes Verhalten der Menschen. Neben einer weniger verschwenderischen Lebens- und Wirtschaftsweise ist unter anderem auch eine Ernährungswende weg vom hohen Fleischkonsum und der Agrarindustrie vonnöten. Wege zur Genügsamkeit, Suffizienz und zum „rechten Maß“ müssen wieder beschritten, regionales Wirtschaften muss gestärkt, Produkte müssen langlebiger werden. Dann sind auch finanziell schlechter Gestellte nicht die Leidtragenden. Sie sollen im Übrigen einen sozialen Ausgleich erhalten.

8) Verursacher von Klimagasen müssen für ihre Emissionen gerechter bezahlen.

Der BUND fordert eine CO₂-Steuer und / oder einen (zurzeit nicht stattfindenden) wirksamen Zertifikatehandel, um externe Kosten zu internalisieren. Wenn Verursacher von Klimagasen einschließlich der Industrie zahlen müssen, werden sie Maßnahmen zur Kostendämpfung ergreifen. Ein Klimaschutzgesetz kann weitere Fortschritte bringen.

9) Atom- und Kohlekraft nein danke – Energieeinsparung und Erneuerbare ja bitte!

Der BUND fordert den Ausstieg aus der Atomenergie **und** der Kohle. Schadstoffausstoß und Landschaftszerstörung durch Kohlenutzung sind immens, zentrale Großkraftwerke und Kohleverbrennung sind unvereinbar mit dem Klimaschutz. Lediglich die emissionsärmeren Gaskraftwerke können als Übergangstechnologie akzeptiert werden. Als Alternativen stehen Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen bereit. Diese beiden Alternativen sind unabdingbar **parallel** laufende Prozesse.

10) Für eine dezentrale Energiewende in Bürgerhand und eine Schonung der Ressourcen.

Eine dezentrale Energiewende in Bürgerhand ist ein geeignetes Mittel, dem Klimawandel zu begegnen. Der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energiequellen gebietet nicht nur dem Klimawandel Einhalt, sondern schont die Ressourcen unseres Planeten, verbessert deren gerechte Verteilung auch an ärmere Länder und verringert die Wahrscheinlichkeit, dass um die immer knapperen Rohstoffe Konflikte und Kriege ausgetragen werden.

11) Mit dem BUND-Fahrplan die Energiewende vorantreiben – im Dialog, gut geplant und naturverträglich!

Grundlage für Energiebereitstellung und Effizienz / Einsparung sind vor allem der BUND-Fahrplan zur Energiewende aus 2010 und die Delegiertenbeschlüsse 2012/13 zum Thema Energie. Dabei muss der Ausbau der regenerativen Energiequellen naturverträglich erfolgen. Auf Basis besserer Planung, frühzeitigen Bürgerdialogs, räumlicher Steuerung und hoher ökologischer Standards können Fehlentwicklungen und Investitionsrisiken rechtzeitig vermieden werden.

12) Gemeinsam geht's besser.

Um die erforderliche Wende für einen wirksameren Klimaschutz zu erreichen, ist eine breite gesellschaftliche Anstrengung erforderlich. Der BUND wird hier ebenfalls seinen Beitrag leisten und auf zahlreichen Ebenen aktiv werden. Wir brauchen z.B. auch eine Informations- und Bildungsoffensive, insbesondere für die Bereiche effiziente, sparsame Energieverwendung, Nutzung erneuerbarer Energiequellen und ressourcen- und umweltschonende Wirtschaftsweise.